



DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

BEITRÄGE ZUR STRUKTURFORSCHUNG

HEFT 92/II · 1987

Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel,
Eirik Svindland und Joachim Volz

Industriepolitik im westlichen Ausland –
Rahmenbedingungen, Strategien,
Außenhandelsaspekte

Band II: Länderberichte.

DUNCKER & HUMBLOT · BERLIN

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

gegründet 1925 als INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG von Prof. Dr. Ernst Wagemann

1000 Berlin 33 (–Dahlem), Königin-Luise-Straße 5

VORSTAND

Präsident Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp (Vorsitzender)
Dr. h. c. Peter Lorenz · Dr. Siegfried Mann · Alois Pfeiffer
Elmar Pieroth (stellvertr. Vorsitzender) · Dr. Otto Schlecht

Kollegium der Abteilungsleiter*

Dr. Oskar de la Chevallerie · Dr. Doris Cornelsen · Dr. Fritz Franzmeyer
Prof. Dr. Wolfgang Kirner · Dr. Frieder Meyer-Krahmer · Dr. Reinhard Pohl · Dr. Peter Ring
Prof. Dr. Werner Rothengatter · Dr. Horst Seidler · Dr. Hans-Joachim Ziesing

KURATORIUM

Vorsitzender: Dr. Dieter Hiss
Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Günter Braun

Mitglieder

Der Bundespräsident

Bundesrepublik Deutschland

Bundesministerium der Finanzen

Bundesministerium für Wirtschaft

Bundesministerium für Verkehr

Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Bundesministerium für Forschung und Technologie

Land Berlin

Senator für Wissenschaft und Forschung

Senator für Wirtschaft und Arbeit

Senator für Verkehr und Betriebe

Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten

Freistaat Bayern, vertreten durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr

Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft

Land Niedersachsen, vertreten durch das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft und Verkehr

Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Deutsche Bundesbank

Deutsche Bundesbahn

Bundesanstalt für Arbeit

Wirtschaftsvereinigung Bergbau

Christlich-Demokratische Union Deutschlands

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Freie Demokratische Partei

Deutscher Gewerkschaftsbund, Düsseldorf

Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt a.M.

Berliner Bank Aktiengesellschaft

Berliner Pfandbrief-Bank

Industriekreditbank Aktiengesellschaft — Deutsche Industriebank

Berliner Industriebank Aktiengesellschaft

Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-Aktiengesellschaft

Elektrowerke Aktiengesellschaft

Vereinigung der Freunde des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Persönliche Mitglieder

Dr. Karl-Heinz Narjes

Werner Alfred Zehden

* Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

BEITRÄGE ZUR STRUKTURFORSCHUNG

HEFT 92/II · 1987

**Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel,
Eirik Svindland und Joachim Volz**

**Industriepolitik im westlichen Ausland –
Rahmenbedingungen, Strategien,
Außenhandelsaspekte**

Band II: Länderberichte



DUNCKER & HUMBLOT · BERLIN

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Schriftleitung: Dr. Reinhard Pohl

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Alle Rechte vorbehalten.
Druck: 1987 bei ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Printed in Germany.

ISBN 3-428-06143-8 (Gesamtausgabe) · 3-428-06144-6 (Band II)

Verzeichnis der Mitarbeiter (Länderberichte)

Verfasser:

Fritz Franzmeyer (USA, Großbritannien)
Bernhard Seidel (Japan, Italien)
Eirik Svindland (Norwegen, Schweden)
Joachim Volz (Frankreich, Belgien)

Statistik:

Christel Kumitz
Inge Schweiger
Willi Verkamp

Textverarbeitung:

Heidrun Becker
Michaela Engelmann
Sibylle Kremser

Technische Redaktion:

Peter Engelbrecht
Willi Verkamp

Lektor:

Reinhard Pohl

Dieses Buch basiert auf einem Forschungsauftrag des Bundesministers für Wirtschaft zum Thema: Strukturpolitische Konzeptionen für die Industrie im internationalen Vergleich - Auswirkungen auf Wirtschaftsstruktur und Außenhandel, Probleme einer kompensatorischen Subventionierung einzelner Wirtschaftszweige; Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturerichterstattung. Das Forschungsvorhaben wurde im April 1986 abgeschlossen. Band I der Buchfassung enthält den Allgemeinen Teil der Forschungsergebnisse sowie einen Anhang mit den zugehörigen Tabellen und Übersichten. Band II umfaßt acht Länderberichte. Er wird zur besseren Einordnung der Länderkapitel mit einem Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Allgemeinen Teils eingeleitet.

Inhalt

	<u>Seite</u>
Band I (Allgemeiner Teil) im Überblick	5
Länderberichte	
USA	25
Japan	71
Vereinigtes Königreich	107
Frankreich	145
Italien	191
Belgien	225
Norwegen	253
Schweden	293
Sachwortverzeichnis	325

Band I (Allgemeiner Teil) im Überblick

1. Der **Begriff** Industriepolitik wird entsprechend einem weit gefächerten Zielkatalog unterschiedlich verwendet. So kann es darum gehen, den Anteil eines Sektors - auch mit Hilfe gezielter Technologiepolitik - zu erhöhen, ihn am - zu raschen - Sinken zu hindern oder die Branchen besser aufeinander abzustimmen. In diesem Sinne ist Industriepolitik identisch mit einem Segment sektoraler Strukturpolitik. Industriepolitik gibt es aber auch ohne spezifisches Instrumentarium selektiver Steuerung. Angestrebt werden dabei die Verbesserung der Voraussetzungen für Innovation, Qualität und Service sowie Erhöhung der Anpassungsfähigkeit der Produktionsstruktur. Eine dritte Interpretation stellt auf die zentrale Rolle des Staates an den Faktor- und Gütermärkten ab. Daraus leiten sich Wirkungen auf die Struktur von Produktion und Beschäftigung her. Diese Untersuchung legt sich auf keine der Interpretationen von Industriepolitik fest, da das Anliegen darin besteht, die industriepolitischen Wirkungen möglichst vieler industrierelevanter Maßnahmen und Regelungen, unabhängig von Motivation und industriepolitischem Selbstverständnis, zu erfassen.
2. In der Debatte über Industriepolitik geht es neben der binnengesetzlichen Rolle des Staates vor allem um deren Konsequenzen für das internationale Handelssystem. Häufig reagieren von ausländischer Industriepolitik betroffene Länder mit kompensierenden Maßnahmen. Dabei kann es zu einem eskalierenden Prozeß kommen. So wird Industriepolitik zu einem Gegenstand **internationaler Verhandlungen**. Absprachen haben meist nur empfehlenden Charakter. Selbst bindende Vereinbarungen auf EG-Ebene müssen nationalen Spielraum belassen, um Bestand zu haben.
3. Ob eine die heimische Industrie begünstigende Maßnahme wirklich einen **Wettbewerbsvorteil** begründet, hängt von den Reaktionen dieser Industrie ab. Dauerhafter Schutz kann die Vitalität eines Unternehmens entscheidend schwächen (Beispiele: US-Schiffbau, britische Automobilproduktion). Diese "Neutralisierung" von diskriminierenden Maßnahmen zur Erhaltung traditioneller Industrien in einer Welt der Konkurrenz wirkt bremsend auf den Subventionswettlauf. Anders ist es bei den wachstumsfördernden Hochtechnologiebereichen - der staatliche Mitteleinsatz nimmt hier meist stark zu; denn die komparativen Vorteile unterscheiden sich nur wenig. Zudem wird der Lebenszyklus vieler Hochtechnologieprodukte immer kürzer. Nur wer als erster am Markt ist, hat die Chance, den "pay-off" der hohen FuE-Investitionen über Monopolpreise zu schaffen.

Schließlich wird via Hochtechnologie Wissen angesammelt, das die Innovationskraft einer Volkswirtschaft hebt.

4. Auf Industriepolitik beruhende **handelspolitische Spannungen** treten vor allem im Verhältnis USA-Japan-Westeuropa auf. Die USA und Europa werfen Japan vor allem hohen informellen Einfuhrschutz sowie "industrial targeting" vor. Die USA werfen Europa wettbewerbsverzerrende Subventionierung und regulierungsbedingten Protektionismus vor. Europa wirft den USA vor, den Import von Stahl und Textilprodukten zu behindern und gleichzeitig diese Sektoren zu subventionieren. Überdies werde der Transfer hochwertiger Technologie, bis hin zur exterritorialen Rechtsanwendung, kontrolliert. Auch laufe das "public procurement" im militärischen Sektor auf eine interne Subventionierung ziviler Produktion hinaus. Japan wirft den USA sowie der EG vor allem mengenmäßige Beschränkungen vor.

5. Andererseits gelten Japan und die USA den Europäern, Europa und Japan den Amerikanern in vieler Hinsicht als **Vorbild**. So blickt Europa gebannt auf die wiedergewonnene Dynamik und überaus positive Beschäftigungsentwicklung der amerikanischen Wirtschaft. Kritiker eines marktwirtschaftlichen Radikalismus in den USA verweisen auf die stabilisierende Wirkung des Sozialschutzes in Europa sowie der guten Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen in einigen Ländern Westeuropas und in Japan. Besonders in der Rezession zu Beginn der 80er Jahre galt amerikanischen Wirtschaftsforschern auch die konsensgetragene Unternehmenspolitik "aus einem Guß" à la Japan als vorbildlich.

6. Die Bewertung der wechselseitigen Vorwürfe und Lobesbekundungen setzt eine genauere Kenntnis des jeweiligen wirtschafts-, industrie- und handelspolitischen **Umfeldes** und der Probleme in den drei Regionen voraus. In den Vergleich wurden die vier großen EG-Länder und Belgien sowie die USA, Japan, Norwegen und Schweden einbezogen. Im Hinblick auf das Gewicht des "modernen" Sektors bot nach Japan die Bundesrepublik das günstigste Strukturbild. Freilich ergeben sich wegen des hohen Aggregationsniveaus international vergleichbarer Zahlen hier Unschärfen. Eine differenziertere Betrachtung anhand der ESVG-Daten für die EG-Länder zeigt, daß in der Bundesrepublik und in Frankreich die "traditionelleren" Bereiche, insbesondere der Fahrzeugbau, im Vergleich zu den neuen High-tech-Bereichen, noch vergleichsweise kräftig expandiert haben. Hin-

gegen sind in Italien und Belgien gerade bei chemischen Erzeugnissen, der Produktion von Büromaschinen und EDV-Geräten sowie Kunststoffen starke Zuwächse zu verzeichnen. In Großbritannien waren die Chemie und der Büromaschinenbau neben der Nahrungs- und Genußmittelproduktion die einzigen Bereiche des verarbeitenden Gewerbes, deren Wertschöpfung im längerfristigen Durchschnitt überhaupt im Volumen zugenommen hat.

7. Im Zweifel dominiert bei "alten" Industrien die Verfahrensinnovation gegenüber der Produktentwicklung, und das Wachstumspotential ist bei traditionellen Verbrauchsgütern in Anbetracht nur verlangsam steigender oder rückläufiger Bevölkerungszahlen begrenzt. Mit Ausnahme Japans ist daher die **Beschäftigung** im verarbeitenden Gewerbe in allen Ländern zurückgegangen, auch wenn vielfach die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt stieg. Die Beschäftigungseinbußen beschleunigten sich in der zweiten Hälfte der betrachteten Periode (1976-83) meist noch deutlich. Insgesamt ist der Anteil der alten Industrien an der Beschäftigung im verarbeitenden Sektor meist höher als bei der Produktion - Ausdruck der unterdurchschnittlichen Produktivität dieser Sektoren. In Japan ist die Beschäftigungsstruktur nach diesem groben Raster erstaunlich stabil geblieben; dies hebt sich krass gegen die Strukturdynamik bei der Produktion ab: zugunsten der modernen Industrien fand eine dramatische Verschiebung im Produktivitätsgefüge statt. Umgekehrt nahm in Italien im Vergleich zu der Stagnationstendenz des Produktionsanteils der Altindustrie deren Beschäftigungsanteil aufgrund erfolgreicher Rationalisierungsanstrengungen deutlich ab. Im Unterschied zu den alten Industrien liegen bei den modernen Sektoren die Beschäftigungsanteile überall unter denen der Produktion.

8. Die Länder unterscheiden sich erheblich in ihrem gesamtwirtschaftlichen **Produktivitätsniveau**. Großbritannien, Italien und Japan waren 1983 (bei Preisen und Wechselkursen von 1975) gegenüber Norwegen, Belgien, Bundesrepublik, USA und Frankreich um etwa ein Drittel bis die Hälfte im Rückstand. Die USA rangieren erst an vierter Stelle. Bei diesem Niveauvergleich ist jedoch aus statistischen Gründen Vorsicht geboten. Aussagekräftiger für die Beurteilung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist die Produktivität in der gewerblichen Erzeugung. Hier rangieren die USA hinter Belgien auf dem zweiten Platz, und Frankreich und Schweden übertreffen noch die Bundesrepublik, während sich der Rückstand Japans merklich, derjenige Italiens leicht verringert. Nur in Norwegen und